

Untragbarer Minister

Zu: „Beuth verteidigt Aktenfreigabe“, FR-Regional vom 21. Oktober

CDU und Grüne leisten sich in Hessen seit Jahren einen Innenminister, dem die grundlegenden Funktionen eines Rechtsstaates fremd sind. Jüngster Hinweis: Minister Beuth behauptet, die Geheimhaltung der persönlichen Daten der unter Morddrohungen stehenden Anwältin Seda Başay-Yıldız seien „Privatgeheimnisse“. Der Rechtsstaat kennt die Institution der Staatsanwaltschaft. Ihre Aufgabe ist es, bei sogenannten Offizialdelikten einzuschreiten, das heißt bei Delikten, in denen Rechte von Bürgern verletzt werden, die der Staat verbürgt und schützt. Dazu gehört an erster Stelle das Recht auf Leben. Eine Morddrohung ist eine potenzielle Verletzung dieses Rechtes. Auch die Nötigung, die mit der Morddrohung verbunden ist, fällt unter die Offizialdelikte. Ein Minister, der das nicht sieht und von „Privatgeheimnis“ schwadroniert, ist untragbar, zumal wenn er mit seinem Ministerium für die Rechtssicherheit im Land verantwortlich ist.

Wie lange wollen die Grünen dieses Spiel mitmachen? Und das in einem Moment, wo sie Regierungsverantwortung für die ganze Republik übernehmen wollen. Die Beuth-CDU hat ja schon die rote Karte erhalten. Wer glaubt denn da noch an das ehrende Gedenken, das die Regierung dem von eben diesen Rechten ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke gelobt hat?
Dieter Reitz, Mainz

Bäume und Prioritäten

Zu: „Rosengärtchen-Bäume gefällt“, FR-Regional vom 28. Oktober

Thomas Stillbauer hat völlig recht: Zwei Bäumen zu viel abgeholt muss man sich zu Herzen nehmen! Ist es für „Großfürsten“ der städtischen Angestellten nicht möglich, Bürger- und Ortsbeiratsprotest zu respektieren? Zumal die Stadt froh sein sollte, dass sich Bürger um ihre Umwelt sorgen und kümmern. Es ist eine Schande, dass die hohen „städtischen“ Bediensteten so über die Proteste von Bürgern hinweggehen und bei Nacht und Nebel ihre Arbeit durchsetzen müssen, um Bürgerprotest noch mehr zu verhindern. Da spielt schon ein wenig Unrechtsempfinden eine Rolle. Eine Mühe, um Bäume herum zu planen, ist den Verantwortlichen nicht wert gewesen und verlangt wohl für städtische Bedienstete zu viel Gehirnschmalz. Zwei große Bäume zu integrieren in die Planung eines Wohngebietes und einer Kita hätten dem zukünftigen Neubaugebiet eine fertige Qualität gegeben, was in Städten an vielen Stellen dank anscheinend unfähiger Mitarbeiter so fehlt. Es tut mir leid, wenn hier Prioritäten nicht gesehen werden!
Oskar Voigt, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211108

Müllnomaden laden einfach ihren Dreck ab

Frankfurt: „Überall Müll“, FR-Regional vom 2. November

In der FR wurde ausgiebig über das Thema Vermüllung durch Feierende in Parks und auf Plätzen berichtet. Ein ganz anderes Müll-Phänomen beobachtet man in unserem Frankfurter Vorort Sossenheim, und ich denke, dass andere Stadtteile ebenfalls davon betroffen sind.

Hier gibt es Stellen, an denen permanent – und das teils schon seit Jahren – volle große Müllsäcke und Sperrmüll wild abgelegt werden. Kaum hat die FES diesen Müll abgeräumt, fängt die Vermüllung wieder von vorne an. Ein fortwährender Kreislauf. Seit einiger Zeit haben die Müllnomaden in unserem Stadtteil einen neuen Platz auserkoren,

der ein Stück zurückversetzt am Bürgersteig der Hauptdurchgangsstraße liegt und zu einem schon seit vielen Jahren geschlossenen Betrieb gehört. Man kann klar erkennen, dass es sich hierbei um nicht öffentliches Gelände handelt, auf dem aber auch keine betrieblichen Aktivitäten zu erkennen sind. Dieser Platz war bis vor kurzem in sauberem Zustand. Wie an anderen vermüllten Plätzen, so kann man auch hier auf einmal beobachten, wie weiße Transporter mitten auf der Straße anhalten, Sperrmüll ablegen und Stücke des vorhandenen Mülls mitnehmen. Ein regelrechter Mülltausch findet hier solange statt,

bis die FES mal wieder alles abräumt.

Ich frage mich, was in den Köpfen dieser Müllnomaden vor sich geht. Da muss doch eine abgrundtiefe Verachtung gegenüber allen Steuerzahlern bestehen, denn auf deren Kosten wird der wilde Müll ja immer wieder abgeräumt. Das wissen diese Müllnomaden ganz genau! Und da ein rechtliches Einschreiten schwierig und gegebenenfalls teuer ist, wird fleißig weiter gemacht.

Es wäre wünschenswert, wenn sich die Stadtverwaltung dieses Problems einmal annehmen würde und nicht immer nur die Innenstadt im Blick hätte.
Ursula Becker, Frankfurt

Es gibt keinen Häuserkampf mehr

Zu: „Die ABG sollte sich auf geförderten Wohnungsbau konzentrieren“, FR-Regional vom 29. Oktober

Als wenn das das einzige Problem der Frankfurter Stadtentwicklung wäre! Die Fixierung auf die ABG lässt allen anderen Wohnungsunternehmen Raum für ihre Investitionen. In Berlin gehen die Menschen zu Tausenden wegen der Grundstücks- und Wohnungspekulanten auf die Straße. In Frankfurt, so sagte mir ein Stadtverordneter, treffen sich immer die gleichen Leute an der Hauptwache. Wohl überwiegend die 37 Autoren des zitierten Sammelbandes. Demonstrationen wie zu Zeiten des Häuserkampfes gibt es nicht mehr. Die damals erarbeiteten Beiträge zur „Politischen Ökonomie des Bodens und des Wohnungsfrage“ oder „Grundstücksmobilität im Prozess des Strukturwandels“ sind den Au-

toren unbekannt. Selbst wenn sie in den „Frankfurter Wirtschafts- und Sozialgeographischen Schriften“ erschienen sind. So entsteht der Eindruck, dass sich auf den 447 Seiten eine akademische Jugend verdienstvoll darstellt, wobei sich eine Verbundenheit mit der Bevölkerung und anderen akademischen Disziplinen wie zu Zeiten des Häuserkampfes nicht einstellt. Was vor ihrem Geburtsjahr erschienen ist, existiert anscheinend für sie nicht. „Rebellische Städte“ sind zurzeit in Frankfurt nicht in Sicht, die politische Klasse und ihre „Investoren“ freut es bestimmt. Und die FR folgt ihnen gerne, hatte sie doch früher mal ganzseitige Beiträge von Walter Siebel z.B. zu dem Thema veröffentlicht

Die Frankfurter Bürger heute, fasziniert durch die Skyline, ohne ihre Auswirkungen auf die durch sie hervorgerufene Wohnungsnot und Infrastrukturprobleme, sind anscheinend nicht motiviert, auf die Straße zu gehen. Und die Party- und Eventgäste auf den Plätzen im Nordend haben wohl andere Sorgen. Wer noch große Demonstrationen organisiert, ist „Fridays for Future“.

Empfehlenswert ist der Sammelband aber allemal und speziell für die vielen Nebenkriegsschauplätzen der Stadtentwicklung eines „Bonsai-New-York“ im Kapitalismus. Eine verdienstvolle und detailreiche Darstellung der Stadtentwicklung in Frankfurt, die in ihrer Fülle und Übersicht sonst nicht zu finden ist.
Konrad Mohrmann, Frankfurt

In der Pflege droht eine Kündigungswelle

Zu: „Pflegerstation kündigt im Kollektiv“, „Hilferuf aus der Intensivstation“ und „Ein Irrweg“, FR-Regional vom 11. Oktober

Kahlschlag bei den Krankenhäusern

Dank an Jutta Rippegather für Ihre Artikel und den Kommentar. Es ist unerträglich, dass der Pflegenotstand längst zum Dauerzustand geworden ist. 15 von 16 der Mitarbeitenden einer Station wechseln in ein anderes Krankenhaus – das ist ein Fanal auf dem Leuchtturm der desaströsen deutschen Gesundheitspolitik mit Namen UKGM. Immerhin bleiben sie in ihrem Beruf.

Bekanntermaßen haben dagegen Hunderttausende ihrer Kolleg:innen sich aufgrund katastrophaler Arbeitsbedingungen, mieser Bezahlung etc. aus ihrem Wunschberuf verabschiedet. Bereits 2018 meldete das „Handelsblatt“, von rund 625 000 in den letzten 25 Jahren ausgebildeten Pflegekräften hätten rund 335 000, also mehr als die Hälfte, ihren Beruf verlassen. Im vergangenen Jahr haben allein innerhalb eines Vier-Monats-Zeitraums 9000 gekündigt.

Im Ärzteblatt war 2017 zu lesen, ein Viertel der Pflegenden sei

sich nicht sicher, weiter in diesem Beruf arbeiten zu können. Laut Deutschem Berufsverband für Pflegenden erwägt aktuell jeder dritte, den Beruf nach der Pandemie aufzugeben – eine deutliche Zunahme. Es droht eine Kündigungswelle.

Dabei würde ein Großteil derer, die aufgegeben haben, gerne wieder in ihren Wunschberuf zurückkehren, wenn sich die Arbeitsbedingungen zum Guten ändern würden. Bislang kann man das Gegenteil beobachten: Nicht zuletzt aufgrund des DRG-Systems und des Kahlschlags in der Krankenhauslandschaft müssen Jahr für Jahr immer mehr Fälle in immer kürzerer Zeit mit immer weniger Personal bearbeitet werden, mit immer weiter überbordender Bürokratie.

All das ist seit Jahren bekannt und hat die politische Verantwortlichen bislang nicht zur Ergreifung wirklich durchgreifender Maßnahmen veranlasst. Herr Scholz hat – Respekt! – während des Wahlkampfs wiederholt ausdrücklich die Pflegenden erwähnt, die annehmbare Arbeits-

bedingungen und Bezahlungen verdienten. Bleibt zu hoffen, dass er seinen Worten Taten folgen lässt.
Rainer Stockmann, Dreieich

Ist das Kind erst infiziert ...

Vor dem Hintergrund bedrohlich anschwellender Corona-Zahlen steht es um die Infektionsschutzpolitik des Frankfurter Magistrats leider nicht zum Besten. Das zeigt sich an den sträflich unterentwickelten Schutzmaßnahmen für die hiesigen Kitas. Die Vorschulkinder gehören derzeit, da noch nicht impfbar, zu den Hochinzidenzgruppen mit den Himmel schießenden Ansteckungsraten. In Köln, einer mit Frankfurt in Sachen Größe und Sozialstruktur vergleichbaren Großstadt, steuert man seit längerem gegen. An 90 Prozent der Kölner Kitas wird das einfache, praktische PCR-Pooltest-Verfahren durchgeführt, um infizierte Kinder frühzeitig zu entdecken.

In Frankfurt geschieht nichts dergleichen. Eltern, die bei ihren Kita-Kindern zu Hause regelmä-

ßig Schnelltests durchführen, bekommen nicht mal die Kosten erstattet. Kita-Träger und Magistrat weigern sich standhaft, Gelder abzurufen, welche die hessische Landesregierung schon vor Monaten dafür bereitgestellt hat. MitarbeiterInnen der für die Kitas zuständigen Dezernentin Weber (SPD) zeigen sich auf anderem Gebiet hochaktiv – nämlich darin, ElternbeirätInnen abzuwiegeln, die sich für mehr Infektionsschutz einsetzen. Dieser wird in Frankfurt offenbar als lästige Einschränkung des Business-Alltags gesehen: Ist das Kind nachgewiesen infiziert oder gar die Kita zu, können Vati oder Mutti nicht mehr ins Büro. Der Rubel muss aber rollen, koste es, was es wolle – und wenn diese Kosten die Gesundheit von anderen Kindern, ErzieherInnen, Eltern oder Großeltern umfassen, die sich bei einem unentdeckt infizierten Kita-Kind leicht anstecken können. An dieser Frankfurter Linie des „Corona-laufen-Lassens“ muss sich dringend etwas ändern.
Jens Wurche, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/kimmich